

## **VA1 Klima schützen ist kein Verbrechen!**

Antragsteller\*in: DV RoSt / DV Berlin  
Tagesordnungspunkt: TOP06 Anträge  
Status: Modifiziert

### **Antragstext**

1 Die Bundesregierung ignoriert seit Jahren das geltende Klimaschutzgesetz und die  
2 real existierende Klimakatastrophe. Durch dieses Handeln verschärft sich die  
3 Situation immer weiter und entzieht uns und künftigen Generationen die  
4 Lebensgrundlage. Statt das letzte verbliebene Handlungsfenster zu nutzen, erwägt  
5 sie hingegen das Klimaschutzgesetz aufzuweichen. Die Bundesregierung handelt  
6 gegen das Grundgesetz sowie die Botschaft des Evangeliums und verliert damit das  
7 Vertrauen der jungen Generation in demokratische Prozesse.

8 Seit Jahren kämpfen wir<sup>1</sup> und eine breite Masse weltweit für das Einhalten des  
9 Pariser Klimaabkommens, das Eindämmen der Treibhausgas-Emissionen und die  
10 Bewahrung der Schöpfung. Deshalb rufen wir weiterhin dazu auf, sich  
11 klimapolitisch zu engagieren und sich öffentlichkeitswirksam für eine  
12 klimagerechte Politik einzusetzen. Es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen  
13 Bewegung, die die Klimakatastrophe anerkennt und politisches Handeln erzwingt.

14 Viele Orte des Protestes, Lützerath, der Dannenröder und Hambacher Forst, die  
15 vielen Tagebauen etwa in NRW und der Lausitz müssen für uns Vorbild sein. Sie  
16 eint die vielfältige Form des Widerstandes in Verbindung mit dem Rückhalt der  
17 lokalen Bevölkerung.

18 Diese Proteste waren laut, bunt und vor allem eines: friedlich. Die fossilen  
19 Lobbyist\*innen, Politiker\*innen und Medienschaffenden diffamieren jedoch  
20 kontinuierlich die Aktivist\*innen. Diese sprachliche Gewalt überträgt sich  
21 mittlerweile auf die besetzten Straßen und mündet auch in Übergriffen gegen  
22 friedliche Demonstrant\*innen.

23 Wir solidarisieren uns mit allen, die ihre eigene körperliche Unversehrtheit und  
24 ihre eigene Freiheit für die gesetzten Klimaziele aufs Spiel setzen. Wir  
25 erkennen an, dass ziviler Ungehorsam<sup>2</sup> angesichts einer weiter eskalierenden  
26 Klimakrise legitim ist. Wir verurteilen das unverhältnismäßige Vorgehen  
27 staatlicher Institutionen gegen die Klimaaktivist\*innen.

28

29 <sup>1</sup>KjG Buko 2020, Beschluss, "Klimaschutz jetzt!"

30 <sup>2</sup>Unter zivilen Ungehorsam verstehen wir: "Der "zivile Ungehorsam" meint die  
31 gezielte, provokative, dabei zugleich begrenzte und auch gewaltfreie, insoweit:  
32 symbolische Regelverletzung unter den Augen der Öffentlichkeit. Er dient nicht  
33 der unmittelbaren Durchsetzung egoistischer Eigeninteressen, sondern der  
34 Verdeutlichung moralisch-politisch begründeter Anliegen, die in der bestehenden  
35 Verfassungsordnung anerkannt sind, jedoch aktuell - nach Auffassung der Akteure  
36 des zivilen Ungehorsams - keine ausreichende Berücksichtigung in den  
37 institutionalisierten Formen der politischen Willensbildung finden." in  
38 Evangelisches Staatslexikon, Heun/Honecker/Morlock/Wieland, Widerstandsrecht, V.  
39 Ziviler Ungehorsam, 2006 Stuttgart.

## **Begründung**

Lützerath lebt. Es wurde im Frühjahr dieses Jahres endgültig geräumt, aber in unseren Herzen und Köpfen lebt es weiter. Auch wir als KjG konnten nicht länger dabei zusehen, wie entgegen unseren nationalen Verpflichtungen zum 1,5° Ziel, weitere Flächen für den Braunkohle-Abbau erschlossen werden sollten. Darum haben auch wir den Aufruf gestartet, sich den Protesten vor Ort anzuschließen, dem viele unserer Mitglieder gefolgt sind. Allerdings müssen wir eingestehen, dass ein erstmaliges Befassen mit Widerstand vor Ort zu spät kommt, wenn keine zwei Wochen später die endgültige Räumung zu Ende ist.

Vor der Insel Rügen soll ein neues LNG-Megaprojekt gestartet werden, das Deutschland und Europa erneut für Jahre in Abhängigkeit von fossiler Infrastruktur bringen würde. Hier bildet sich bereits vielfältiger Widerstand gegen den Ausbau. Aktuell hat sich RWE als größter Investor zurückgezogen. Die Bundesregierung forciert dennoch weiterhin den Ausbau der LNG-Terminals vor der Insel, ohne die Stimmen der Bevölkerung vor Ort wahrzunehmen.

Aufgrund unserer zahlreichen Beschlusslagen zur Klimakatastrophe und unserer eindeutigen Haltung gegenüber den Versäumnissen aller Industrienationen, wollen wir in Zukunft aktiver und lauter protestieren. Wir sind besonders gut darin, Anträge zu schreiben, zu diskutieren und zu beschließen. Jetzt geht's auf die Straße!